



Berlin, 26. August 2021

öD-Gewerkschaften verkünden Forderung für Länder-Tarifrunde

GdP-Tarifexperte Klemmer: Wir wollen klar erkennbare Verbesserungen für die Beschäftigten

Berlin. Die Coronakrise samt angespannter Haushaltslage wirkt stark auf die am 8. Oktober beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern. Dennoch zeigen sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (öD) entschlossen, den Kraftakt, klar erkennbare Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen, zu meistern. Die Hauptforderung ist eine Erhöhung des Entgelts um fünf Prozent, mindestens aber 150 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Für die Auszubildenden fordern die Gewerkschaften eine Erhöhung der Vergütung um 100 Euro pro Monat.

„Es werden keine einfachen Verhandlungen. Die Arbeitgeber versuchen, das Eingruppierungsrecht zu beschneiden. Sie wollen den sogenannten Arbeitsvorgang dabei zum markanten Kernthema der Tarif- und Besoldungsrunde 2021 machen, betonte der GdP-Tarifexperte und stellvertretende Bundesvorsitzende René Klemmer anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der gemeinsamen Tarifforderung von ver.di, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der IG Bauen, Agrar und Umwelt (IG BAU) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Donnerstag in Berlin.

Die GdP geht unter dem Motto (gewerkschaftlicher) „Erfolg schafft Freiraum“ in die diesjährige Tarifrunde. „Erhebliche Verschlechterungen, beispielsweise bei Eingruppierungen künftiger Beschäftigte, womöglich sogar für bestehende Arbeitsverhältnisse, werden wir mit aller Kraft abwehren. Es sei zudem ein Muss, um den öD für jungen qualifizierten Nachwuchs noch attraktiv zu halten“, unterstrich Klemmer.

Die Konkurrenz der Arbeitgeber in Bund und Kommunen (VKA) zu den Ländern um qualifiziertes Personal wird Klemmer zufolge immer größer. Die innere Sicherheit sollte allen Arbeitgebern im öffentlichen Sektor gleich viel wert sein, betonte Klemmer. Leider sei es mittlerweile an der Tagesordnung, dass Länderbeschäftigte zum Bund oder in die Kommunen wechselten.

Die GdP vertritt in der Tarifrunde rund 18.000 aktive Beschäftigte vom allgemeinen Verwaltungsdienst über den fernmeldetechnischen Dienst, Polizeiärztinnen und -ärzte, Beschäftigte in der Informationstechnik, Techniker, Beschäftigte der Hubschrauberstaffel, Kfz-Mechatroniker, Schreiner, Elektriker oder Waffenmechaniker.

Nach dem Auftakt am 8. Oktober in Berlin folgt die zweite Tarifrunde am 1. und 2. November in Potsdam. Den Abschluss bildet die dritte Runde am 27. und 28. November ebenfalls in Potsdam.

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verhandeln die DGB-Gewerkschaften mit den Arbeitgebern. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke agiert dabei als Verhandlungsführer für die Einzelgewerkschaften. Die Arbeitgeber haben sich im Verbund der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossen. Sie werden an der Spitze durch den niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) vertreten.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Kommunikation
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-113
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Pressesprecher:
Wolfgang Schönwald
Mobil: 0152 27136452
Internet: www.gdp.de
Facebook: [GdP Bundesvorstand](https://www.facebook.com/GdP-Bundesvorstand)
Twitter: [@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)